

Hauptabteilung Politik und Beratung
Team Innenpolitik

Berlin, 1. Dezember 2015



■ ■ ■ ■ ■ PARTEIENMONITOR AKTUELL



STADTLUFT MACHT FREI – VON DER PARTEI?

Die CDU und das „Großstadtproblem“

Nico Lange | Tobias Montag

ANSPRECHPARTNER:

Nico Lange

Stv. Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung und
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3594
nico.lange@kas.de

Das Wichtigste auf einer Seite

- Bei der vermeintlichen „Großstadtschwäche“ der CDU handelt es sich um einen politischen Begriff. Er transportiert, dass die CDU in großen Städten nicht wählbar sei und daher auch nicht gewählt werden sollte.
- Nach der Wahlperiode 2014/15 stellt die CDU jetzt in zwölf von 28 Großstädten Nordrhein-Westfalens den Oberbürgermeister und die größte Gemeinde- bzw. Stadtratsfraktion. Dies zeugt eher von einer breiten Verankerung als von einer Schwäche – gerade auch vor dem Hintergrund einer rot-grünen Landesregierung.
- Stärker noch als bei Landtags- und Bundestagswahlen entscheiden auf der kommunalen Ebene einzelne Persönlichkeiten über den Wahlerfolg. Im Kern beruht die These von der „Großstadtschwäche“ der CDU auf dem Fehlschluss, dass in der Kommunalpolitik die gleichen Parteibindungen wie auf der Landes- oder gar der Bundesebene bestünden.
- Die Auswertung der Kommunalwahlen seit 1999 zeigt, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen ihre Wählerschaft bei Oberbürgermeisterwahlen geringer mobilisiert als die SPD. Aber auch Mobilisierungsdefizite der SPD sind in den großen Städten Nordrhein-Westfalens erkennbar. Es wäre daher eher richtig, von einem „Großstadtproblem“ beider Volksparteien zu sprechen.
- Der SPD gelingt es bisher in der Regel besser, in den urbanen Wählermilieus über die Grenzen der eigenen Partei hinaus mit den Anhängern von Grünen, Linken, Bürgerinitiativen und mitunter auch der FDP wahlentscheidende Bündnisse einzugehen.
- Bürgermeisterwahlen sind Personenwahlen, bei denen es auf die Persönlichkeit ankommt. Ein Kandidat hat Erfolg, wenn er das lokale Lebensgefühl verkörpert und für eine breite Mehrheit wählbar ist. Dies gelang drei CDU-Kandidaten, indem sie sich nicht als „typische“ Parteivertreter gerierten.
- Die Lösung besteht darin, die Partei für die breite Bevölkerung weiter zu öffnen. Vor Ort könnte künftig verstärkt auf die Aufstellung parteiloser, aber allseits anerkannter Kandidaten gesetzt werden, wie dies in Köln geschehen ist. Alternativ könnten Nichtmitglieder an der Auswahl von parteigebundenen Kandidaten für Wahlen informell oder formell beteiligt werden. Sinnvoll wäre es auch, viel früher als bisher Kandidaten mit Potential zu suchen, zu entwickeln und zu fördern.

Inhalt

Alle Jahre wieder: die Großstadtdebatte	4
Keine generelle „Großstadtschwäche“ der CDU	5
Mobilisierungs- anstatt Großstadtschwäche	8
Weiterentwicklung der Kandidatenauswahl	10

Alle Jahre wieder: die Großstadtdebatte

Mit der Oberbürgermeisterwahl in Köln am 18. Oktober 2015 ging in Nordrhein-Westfalen ein fast zwei Jahre währender Kommunalwahlzyklus zu Ende. Bereits am 25. Mai 2014 fanden in knapp über der Hälfte der Gemeinden des Landes neben den Gemeinderats- auch die Oberbürgermeisterwahlen statt. Der Rest der Oberbürgermeisterwahlen folgte am 13. bzw. 27. September 2015. Hintergrund dieses Auseinanderfalles der Wahltermine sind die letzten Reformen des nordrhein-westfälischen Kommunalwahlgesetzes. Deren Ziel war es, die Wahl des Gemeinderats wieder mit der Direktwahl der Oberbürgermeister zu synchronisieren. Dies setzte voraus, dass ein Teil der Oberbürgermeister freiwillig ihr Amt niederlegte und so die Wahlen im Mai 2014 ermöglichte.¹ In jenen Städten, wo die Oberbürgermeister hingegen an der Amtszeit festhielten, für die sie auch gewählt wurden, fanden die Wahlen erst in diesem Jahr statt.² Köln stellt dabei einen Ausreißer dar, weil sich die Wahl hier aufgrund der Beanstandung der Stimmzettel erneut verschob.³ Nicht nur dieser Umstand sowie das Attentat auf die Sozialdezernentin und OB-Kandidatin Henriette Reker brachten der Stadt verstärkt öffentliches Interesse ein, sondern auch die Unterstützung der parteilosen Kandidatin durch ein breites Bündnis aus CDU, FDP, Grünen und Freien Wählern. Alle Parteien bzw. Gruppierungen verzichteten darauf, ein Parteimitglied in ein vermeintlich aussichtsloses Rennen zu schicken. Stattdessen sollte die parteilose Sozialdezernentin, den Sieg der SPD verhindern⁴ – eine Strategie die letztlich aufging.

Ohne die beachtlichen Erfolge der CDU bei den Oberbürgermeisterwahlen beispielsweise in Oberhausen, wo die seit 1952 andauernde SPD-Regierung durch den CDU-Kandidaten Daniel Schranz beendet wurde, in Bonn, wo mit Ashok-Alexander Sridharan erstmals seit 21 Jahren ein Vertreter der CDU das Amt des Oberbürgermeisters übernimmt, oder in Essen, wo sich Thomas Kufen überraschend gegen den SPD-Kandidaten durchsetzte, hätte der CDU erneut eine „Großstadtdebatte“ ins Haus gestanden.⁵

¹ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Kommunales Wahllexikon. Aktualisierte Fassung Stand: Juni 2015.* – Sankt Augustin; Berlin: KAS, 2015. – S. 153-154. – (Materialien für die Arbeit vor Ort; 32). – http://www.kas.de/wf/doc/kas_6169-544-1-30.pdf?150616151534 [09.11.2015].

² Zu den Besonderheiten des kommunalen Wahlrechts in Nordrhein-Westfalen siehe Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Kommunales Wahllexikon. – Aktualisierte Fassung. Stand: Juni 2015.* – Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2015. – S. 153-154. – (Materialien für die Arbeit vor Ort; 32).

³ Vgl. „OB-Wahl in Köln wird verschoben.“ In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 04.09.2015.

⁴ Vgl. Burger, Reiner: *Ränkespiele ohne Reker.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.10.2015; Deckers, Daniel: *Verdruss in Köln.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20.10.2015 und Dörries, Bernd: *Gespräche erst nach der Genesung.* In: *Süddeutsche Zeitung* vom 20.10.2015.

⁵ Burger, Reiner: *Rückenwind aus Großstadtluft.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15.09.2015.

Alle Jahre wieder taucht der Vorwurf auf, die CDU sei als Großstadtpartei untauglich, weil dort die traditionellen Werte verschwänden.⁶ Sie habe ein „Großstadtproblem“⁷ oder eine „Großstadtschwäche“⁸, von „Großstadt-Fluch“⁹ ist gar die Rede. In Umkehr einer Formulierung eines Strategiepapiers der CDU-Arbeitsgruppe zur Großstadtpartei aus dem Jahr 2011 heißt es, die CDU „könne“ nicht Großpartei¹⁰ und sei lediglich auf dem Land verankert.¹¹

Diese Beispiele machen deutlich, dass es sich bei der „Großstadtschwäche“ um einen politischen Begriff handelt. Er transportiert die Botschaft, dass die CDU nicht wählbar sei und deshalb auch nicht gewählt werden sollte. Aber auch innerhalb der Partei spielt er eine große Rolle. Einerseits ist die Rede von der „Großstadtschwäche“ Ausdruck einer echten Ratlosigkeit angesichts abnehmender Wählerzahlen. Andererseits wird sie als Anlass für die Forderung genommen, die Partei solle sich in die ein oder andere politische Richtung bewegen. Wie auch immer man dazu stehen mag, es lohnt sich die These von der „Großstadtschwäche“ der CDU ein wenig genauer unter die Lupe zu nehmen – und zwar in dem Bundesland, wo es die meisten Großstädte gibt: in Nordrhein-Westfalen.

Keine generelle „Großstadtschwäche“ der CDU

Zunächst einmal relativiert sich die These von der „Großstadtschwäche“, wenn man sich die Definition von Großstadt vor Augen führt. Als Großstädte gelten Orte ab 100.000 Einwohnern. In Nordrhein-Westfalen sind derzeit 28 Städte dieser Kategorie zuzuordnen. Schon diese Anzahl macht deutlich, dass es nicht reicht, die „Großstadtschwäche“ mit dem Verweis auf die Situation in einigen bekannten Städten zu begründen. Hinzu kommt noch, dass es nicht nur um die einer breiteren Öffentlichkeit in der Regel eher präsenten Stadtoberhäupter geht, sondern auch um die Mandatsträger in den kommunalen Vertretungskörperschaften.

⁶ So z.B. Hefty, Georg Paul: *Als Großstadt kaum tauglich*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.05.2011.

⁷ So z.B. Bebbler, Werner von: *Angela Merkels Partei hat ein Großstadtproblem*. In: *Tagesspiegel* vom 12.09.2015. – <http://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/cdu-angela-merkels-partei-hat-ein-grossstadtproblem/12288792.html> [05.11.2015].

⁸ So z.B. Clauß, Ulrich: *Die Metropole, der fremde Stern*. In: *Welt am Sonntag* vom 22.02.2015.

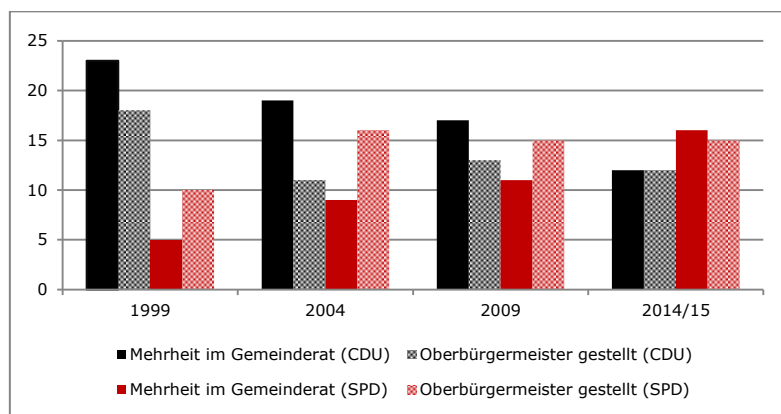
⁹ So z.B. Neuerer, Dietmar: *Kein Rezept gegen den Großstadt-Fluch*. In: *Handelsblatt* vom 16.02.2015. – <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/buergerschaftswahlen-2015/cdu-debakel-in-hamburg-kein-rezept-gegen-den-grossstadt-fluch/11379624.html> [05.11.2015].

¹⁰ Vgl. Schuler, Katrin: *Die CDU hat ein Metropolen-Problem*. In: *Die Zeit* vom 16.06.2014. – <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-06/cdu-staedte-duesseldorf> [05.11.2015].

¹¹ Vgl. z.B. Kröger, Martin: *Hinterwald statt Großstadtpartei*. In: *Neues Deutschland* vom 05.06.2015. – <http://www.neues-deutschland.de/artikel/973420.hinterwald-statt-grossstadtpartei.html> [05.11.2015].

Wird dies zusammen betrachtet, fällt es schwer von einer „Großstadtschwäche“ zu sprechen. Nach der Wahlperiode 2014/15 stellt die CDU jetzt in zwölf Großstädten den Oberbürgermeister und die größte Gemeinde- bzw. Stadtratsfraktion. Auch wenn die SPD im Vergleich dazu auf 16 Oberbürgermeister kommen mag und in 15 Großstädten die relative Mehrheit im Stadtrat errungen hat, sprechen die Gesamtzahlen der CDU eher von einer breiten Verankerung – gerade angesichts einer rot-grünen Landesregierung – als von einem „Großstadtproblem“. Erst auf den zweiten Blick könnte sich eine Schwäche der CDU zeigen. Vergleicht man nämlich die Anzahl der Oberbürgermeister und die Summe der Großstädte, wo sie die größte Stadtratsfraktion stellt, über einen längeren Zeitraum, könnte man einen Negativtrend vermuten (Abbildung 1).

Abbildung 1: Anzahl der OB und relativen Gemeinderatsmehrheit von CDU und SPD in den nordrhein-westfälischen Großstädten



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Daten des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen, ausgewertet von Lucas Schramm

Seit den Kommunalwahlen des Jahres 1999 geht die Anzahl der Großstädte, in denen die CDU über eine relative Ratsmehrheit verfügt, zwar kontinuierlich zurück. Von einem Trend kann man jedoch nicht sprechen. Es handelt sich dabei lediglich um eine relative Mehrheit. Mit dem Wegfall der Sperrklauseln bei Kommunalwahlen hat sich die Anzahl der politischen Mitbewerber deutlich erhöht. Infolgedessen wird es immer schwerer, die Mehrheit – und sei es nur eine relative Mehrheit – zu bewahren. Wichtiger sind allerdings die längerfristigen Effekte der Umstellung des Kommunalwahlsystems auf die Direktwahl der Oberbürgermeister und die damit verbundene Schwächung der Stadträte. Diese Entwicklungen relativieren den Rückgang der Großstädte, wo die CDU die Ratsmehrheit stellt.

Die Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen wurde über viele Jahrzehnte von der sogenannten „Norddeutschen Ratsverfassung“ geprägt. Dieser Kommunaltyp sah die Wahl des Oberbürgermeisters als ehrenamtlichen Vorsitzenden des Gemeinderats sowie des

Oberstadtdirektors als Verwaltungschef durch den Gemeinderat vor.¹² Es handelte sich also um eine Reinform eines „parlamentarischen Regierungssystems“. Das Amt des Oberstadtdirektors wurde im Zuge der Kommunalreformen in den 1990er Jahren abgeschafft. Der direkt von den Einwohnern gewählte Oberbürgermeister ist nun zugleich auch Verwaltungschef. In Nordrhein-Westfalen hat sich damit das auch in den anderen Bundesländern auf der Kommunalebene vorherrschende „präsidientielle Regierungssystem“ durchgesetzt, gleichwohl die Rechte des Bürgermeisters in Nordrhein-Westfalen nicht so umfangreich sind wie in Baden-Württemberg oder Bayern.¹³

Die Folgen dieser Kommunalreformen sind nicht zu unterschätzen. Die Direktwahl erlaubt es dem Bürgermeister, sich von der eigenen Partei zu distanzieren.¹⁴ Sie begünstigt den Typus des parteiübergreifenden „Stadtvaters“ (oder der „Stadtmutter“), der für alle wählbar ist. Insoweit war auch die Aufstellung der parteilosen Henriette Reker für die Oberbürgermeisterwahl in Köln keine überraschende Entwicklung. Zwar geht die politikwissenschaftliche Forschung davon aus, dass die Bedeutung der Parteiorientierung mit zunehmender Gemeindegröße nach wie vor wichtig bleiben wird,¹⁵ aber insgesamt ist sie schwächer geworden. Dieser Effekt ist nicht auf eine Partei beschränkt, sondern trifft systemisch bedingt auf alle zu. Mit anderen Worten: Stärker noch als bei Landtags- und Bundestagswahlen entscheiden auf der kommunalen Ebene einzelne Persönlichkeiten über den Wahlerfolg – und dieser Erfolg geht nicht mit den Parteien nach Hause. Im Kern beruht die These von der „Großstadtschwäche“ der CDU auf dem Fehlschluss, dass in der Kommunalpolitik die gleichen (möglicherweise idealisierten) Parteibindungen wie auf der Landes- oder gar der Bundesebene bestünden. Die „andersartige“ Wirkung des Kommunalsystems wird dabei – wie gezeigt – unterschätzt.

¹² Vgl. Wehling, Hans-Georg / Kost, Andreas: *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – eine Einführung*. In: dies. (Hrsg.): *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*. – 2., aktual. und überarb. Aufl. – Wiesbaden: VS, 2010. – S. 7-18 und Kost, Andreas: *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern*. In: ders. / Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*. – 2., aktual. und überarb. Aufl. – Wiesbaden: VS, 2010. – S. 235-242.

¹³ Holtkamp diagnostiziert eine nachhaltige wirkende Pfadabhängigkeit der alten Kommunalverfassungen. Vgl. Holtkamp, Lars: *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie*. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008. – S. 104. – (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit; 30).

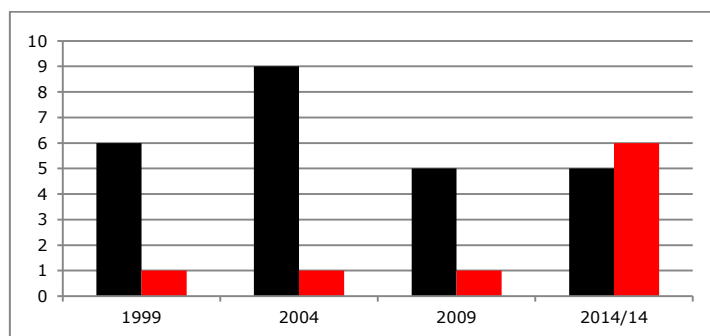
¹⁴ Vgl. ebd., S. 29.

¹⁵ Vgl. z.B. Bogumil, Jörg: *Parteien in der Kommunalpolitik. Hoffnungsträger oder Auslaufmodell?* In: Gehne, David / Spier, Tim (Hrsg.): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Festschrift für Ulrich von Alemann*. – Wiesbaden: VS, 2010. – S. 43 und Krapp, Max-Christopher / Egner, Björn: *Parteien in der Kommunalpolitik*. In: Egner, Björn / Krapp, Max-Christopher / Heinelt, Hubert: *Das deutsche Gemeinderatsmitglied. Problemansichten – Einstellungen – Rollenverständnis*. – Wiesbaden: Springer VS, 2013. – S. 72.

Mobilisierungs- anstatt Großstadtschwäche

Die Auswertung der Kommunalwahlen seit 1999 zeigt, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen ihre Wählerschaft bei Oberbürgermeisterwahlen geringer mobilisiert als die SPD. Messbar ist dies unter anderem daran, dass die Partei gegenwärtig nur in sieben von zwölf Großstädten, in denen sie die relative Ratsmehrheit stellt, eigene Oberbürgermeister ins Amt bringen konnte. Bei der SPD ist dieses Verhältnis etwas besser, aber auch nicht überzeugend: In zehn der 16 Großstädte mit Ratsmehrheit stellt sie den Oberbürgermeister. Interessanterweise ist die SPD 2014/15 erstmals stärker von diesem Effekt betroffen, während er bei der CDU anscheinend bereits aufgrund der großen Anzahl von Großstädten mit eigener Ratsmehrheit schon immer relativ hoch war. Die Doppelwahl 2014/15 hat also auch deutlich die Mobilisierungsdefizite der SPD in den großen Städten Nordrhein-Westfalens aufgezeigt. Diese Defizite sind mindestens so groß wie bei der CDU, im Ruhrgebiet sogar erheblich größer (Dortmund, Essen, Oberhausen). Es wäre daher eher richtig, von einem „Großstadtproblem“ beider Volksparteien zu sprechen.

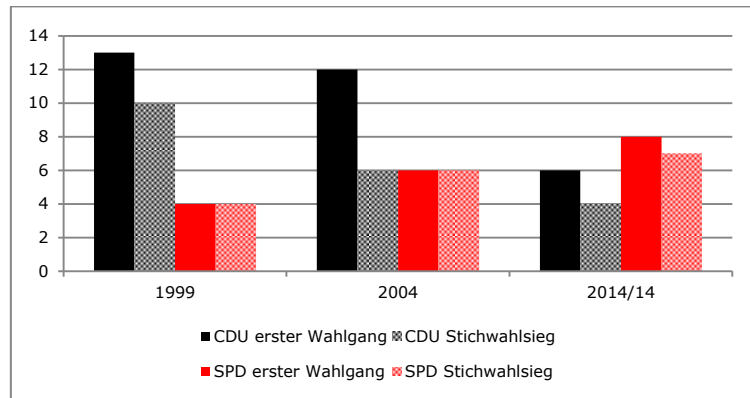
Abbildung 2: Differenz zwischen der Anzahl der Großstädte mit relativer Ratsmehrheit der CDU und SPD zur Anzahl der von ihnen gestellten Oberbürgermeister



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Daten des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen, ausgewertet von Lucas Schramm

Noch deutlicher wird die Mobilisierungsschwäche bei den Stichwahlen, die die CDU verliert, obwohl ihr Kandidat im ersten Wahlgang als Sieger hervorging. In der Wahlperiode 2014/15 mussten sich zwei CDU-Kandidaten in der Stichwahl geschlagen geben, obwohl der erste Wahlgang vielversprechend war. Noch augenfälliger sind die Ergebnisse aus dem Wahljahr 2004. Hier ging genau die Hälfte der Stichwahlen verloren. Die SPD verlor erstmals in der Wahlperiode 2014/15 (lediglich) eine Stichwahl. Die SPD ist hinsichtlich der Mobilisierung der eigenen Anhänger bei den Stichwahlen jedoch nicht generell erfolgreicher als die CDU. Der SPD gelingt aber zumindest bisher in der Regel in den urbanen Wählermilieus besser, über die Grenzen der eigenen Partei mit den Anhängern von Grünen, Linken, Bürgerinitiativen und mitunter auch der FDP wahlentscheidende Bündnisse einzugehen.

Abbildung 3: Verhältnis der gewonnenen ersten OB-Wahlgänge und Stichwahlen



Die Stichwahlen waren von 2007 bis 2011 abgeschafft. Deshalb sind für das Wahljahr 2009 keine Werte verfügbar.

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von Daten des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen, ausgewertet von Lucas Schramm

Ohne Zweifel handelt es sich bei den verlorengegangenen Stichwahlen trotz relativer Mehrheit im ersten Wahlgang der Oberbürgermeisterwahl eher um ein randständiges Phänomen, das von vielen Faktoren abhängt. Es veranschaulicht aber, dass die CDU gerade im Vergleich zur SPD nicht ihr ganzes Potential ausschöpft. Und es wirft die Frage auf, warum die CDU dieses Mobilisierungsproblem hat.

Eine mögliche Antwort auf diese Frage bieten bemerkenswerterweise die großen Erfolge einzelner CDU-Kandidaten in den Oberbürgermeisterwahlen des Jahres 2015. Die oben erwähnten Wahlerfolge in Bonn, Essen und Oberhausen sind den Kandidaten selbst zuzuschreiben. Bürgermeisterwahlen sind Personenwahlen, bei denen es auf die Persönlichkeit ankommt. Ein Kandidat hat Erfolg, wenn er das lokale Lebensgefühl verkörpert und für eine breite Mehrheit wählbar ist. Das ist den drei Kandidaten gelungen, indem sie sich nicht als „typische“ Parteivertreter gerierten. Keiner von ihnen passt zum angestaubten Image der Partei der „alten weißen Männer“.¹⁶ Sieht man einmal von der Forderung ab, dass die Partei mehr Frauen aufstellen soll, entspricht dies bereits ganz dem Ansinnen der Kommission „Meine CDU 2017“. In ihrem Bericht heißt es: „Unsere Amts-, Funktions- und Mandatsträgerschaft soll die Vielfalt unserer Gesellschaft so gut wie möglich abbilden. Deshalb wollen wir auch für die Besetzung von Ämtern und Funktionen in der Partei sowie für Kandidatenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen mehr Junge, Frauen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte gewinnen.“¹⁷

¹⁶ Seidl, Claudius: Das Problem mit den alten weißen Männern. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.08.2015. – <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/cdu-mit-modernisierungsabsicht-das-problem-mit-den-alten-weissen-maennern-13763505.html> [10.11.2015].

¹⁷ Siehe Bericht der Kommission „Meine CDU 2017“, S. 19. – https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/kommission-meine-cdu-2017-bericht_3.pdf?file=1 [10.11.2015].

Damit bietet die anstehende Parteireform einen Ansatzpunkt, um die Mobilisierungsschwäche der CDU auf der kommunalen Ebene durch eine bessere Auswahl der Kandidaten für politische Ämter zu überwinden.

Weiterentwicklung der Kandidatenauswahl

Das ist jedoch leichter gesagt als getan. Einer Partei, die breit in der Gesellschaft verankert ist, fällt es naturgemäß leichter, geeignete, das heißt breitenwirksame Kandidaten aus ihren Reihen aufzustellen. Nicht von ungefähr wird die Bedeutung der lokalen Verankerung der CDU von der Kommission „Meine CDU 2017“ hervorgehoben.¹⁸ Die Lösung besteht also darin, die Partei für die breite Bevölkerung weiter zu öffnen. Es gibt drei mögliche Strategien, wie dies erreicht werden könnte.

Erstens könnten die Parteien vor Ort verstärkt auf die Aufstellung parteiloser, aber allseits anerkannter Kandidaten setzen, wie dies in Köln geschehen ist. Der Vorteil liegt auf der Hand: Eine vor Ort ausgezehrte Partei kann damit ihre personellen Defizite kompensieren. Außerdem bietet sich die Parteilosigkeit als Angebot an jene Wählergruppen an, die Kommunalpolitik als unpolitische Sacharbeit verstehen. In bestimmten Einzelfällen mag diese Strategie sinnvoll sein, sie wirft jedoch auch Probleme auf. Zunächst wäre da zu nennen, dass die zur Schau gestellte Verleugnung der eigenen Parteilichkeit zwar den einzelnen parteilosen Kandidaten helfen mag, aber natürlich nicht zwingend der Partei, die diese Kandidaten aufstellt. Darüber hinaus kann nicht erwartet werden, dass sich erfolgreiche parteilose Kandidaten plötzlich für Parteiarbeit erwärmen, der sie selbst kaum ihren Erfolg zuschreiben. Vielmehr ist eine Entwicklung denkbar, bei der die verstärkte Konzentration auf Parteilose zu einer Lockerung der Bindung der lokalen Partei zur den übergeordneten Parteigliederungen führt.¹⁹ Der personelle Austausch könnte ins Stocken geraten, die Vernetzung sich auflösen, die Kommunikation zwischen den Parteebenen infolgedessen versiegen. Für die Kandidaten vor Ort wäre es geradezu verlockend, sich im Wahlkampf von den Entscheidungen der anderen Parteebenen zu distanzieren. Am Ende würde diese Strategie nicht zu einer stärkeren Verankerung der Partei vor Ort führen, sondern zu einer unerwünschten Entkoppelung. Es könnte einer Partei dann zwar gelingen, mit einem attraktiven Kandidaten eine Oberbürgermeisterwahl zu gewinnen, aber im Stadtrat wäre ihr Verfall nicht aufzuhalten.

¹⁸ Vgl. *ebd.*, S. 6.

¹⁹ Vgl. *Holtkamp, Lars: Erneuerung der Parteien „von unten“? Zum Verhältnis von Lokalparteien und Kartellparteien. In: Jun, Uwe / Niedermayer, Oskar / Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei. – Opladen; Farmington Hills: Barbara Budrich, 2009. – S. 245 und Vetter, Angelika / Kuhn, Sebastian: (Nationale) Parteien in der lokalen Politik: Wandel oder Krise? In: Haus, Michael / Kuhlmann, Sabine (Hrsg.): Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise? – Wiesbaden: Springer VS, 2013. – S. 42-43.*

Dies legt nahe, einen anderen Weg zur Verbesserung der Kandidatenauswahl zu suchen. Denkbar wäre, anstatt auf die Aufstellung von Parteilosern durch Parteimitglieder zu setzen, Nichtmitglieder an der Auswahl von parteigebundenen Kandidaten für Wahlen zu beteiligen. In der Diskussion sind dabei unter anderem die Einführung von Vorwahlen wie in den USA, die Zulassung von Nichtmitgliedern für Urwahlen über Wahlkandidaten oder die Einräumung von Stimmrechten für parteinahe Nichtmitglieder auf Parteitag und Mitgliederversammlungen.²⁰ Diese Überlegungen zerschellen jedoch sehr schnell am innerparteilichen Demokratiegebot des Grundgesetzes (Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG). Die Mitwirkung von Nichtmitgliedern an der innerparteilichen Willensbildung ist zwar zulässig, aber die Mitentscheidung ist ein Privileg der Parteimitglieder. Es unterstreicht die Bedeutung der Parteimitgliedschaft für die in einer Demokratie unverzichtbare politische Willensbildung der Bevölkerung als knappe Legitimationsressource.²¹ Neben dieser grundgesetzlichen Einschränkung der Beteiligung von Nichtmitgliedern an der Aufstellung von Wahlkandidaten gibt es auch einfachgesetzliche Schranken. Aus der in § 7 Abs. 1 PartG verankerten Forderung, die gebietliche Gliederung so weit auszubauen, dass den einzelnen Mitgliedern eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung der Partei möglich ist, wird eine „maßgebliche Bestimmungsmacht“ der Mitglieder abgeleitet. Darüber hinaus kann die gesetzlich zulässige Suspendierung eines Stimmrechts eines Mitglieds bei verweigerter Beitragszahlungen so „gelesen“ werden, dass die Parteimitgliedschaft Voraussetzung für das Stimmrecht ist. Ein Stimm- und Wahlrecht für die Kandidatenaufstellung für Nichtmitglieder würde überdies klar gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen, weil ansonsten nur die Parteimitglieder neben ihren Rechten auch die Pflichten der Mitgliedschaft zu tragen hätten, während die Nichtmitglieder von allen Pflichten befreit wären.²²

Damit scheidet auch die formelle Beteiligung von Nichtmitgliedern an der Aufstellung geeigneter Kandidaten für kommunale Ämter und Mandate aus. Was kann die CDU dann tun, um die Kandidatenauswahl so zu verbessern, dass die Mobilisierungsschwäche überwunden wird? Ein praktikabler Schritt könnte darin bestehen, viel früher als bisher Kandidaten mit Potential zu suchen, zu entwickeln und zu fördern. Der längere Vorlauf

²⁰ Vgl. zu den Reformüberlegungen u.a. Jun, Uwe: *Organisationsreform der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren*. In: Jun, Uwe / Niedermayer, Oskar / Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. – Opladen; Farmington Hills: Barbara Budrich, 2009. – S. 187-210; Bukow, Sebastian: *Die Wiederentdeckung der mitgliedschaftsbasierten Parteiorganisation. Ziele, Prozess und Ergebnisse der SPD-Parteireform 2009-2011*. In: Niedermayer, Oskar / Höhne, Benjamin / Jun, Uwe (Hrsg.): *Abkehr von den Parteien? Parteidemokratie und Bürgerprotest*. – Wiesbaden: Springer VS, 2013. – S. 231-259.

²¹ Vgl. Kersten, Jens: *Reformperspektiven für politische Parteien. Rechtspolitische Überlegungen*. – Sankt Augustin; Berlin: KAS, S. 3.

²² Vgl. Bäcker, Alexandra: *Dritte im Bunde: Zur Beteiligung von Nichtmitgliedern in politischen Parteien*. In: *Recht und Politik*, 47 (2011) 3, S. 152-153 und S. 157.

hätte den Vorteil, dass die Kandidaten mehr Zeit haben, sich selbst zu erproben und bekannter zu werden. Um die Anbindung der breiteren Stadtgesellschaft zu gewährleisten, könnten Nichtmitglieder informell an der Kandidatenauswahl beteiligt werden. Denkbar ist beispielsweise, dass Mitglieder und Nichtmitglieder online ein Votum über einen potentiellen Kandidaten abgeben, die Entscheidung über die konkrete Aufstellung jedoch bei der Mitgliederversammlung oder dem Parteitag verbleibt. Darüber hinaus bieten sich Testreden oder Town-Hall-Testdebatten zu bestimmten stadtrelevanten Problemen zwischen potentiellen Kandidaten unter Beteiligung der Öffentlichkeit an, um die Kandidatenauswahl zu verbessern. Die potentiellen Kandidaten hätten so die Möglichkeit, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei können sie selber ihre kommunikativen Fähigkeiten trainieren und gewinnen einen tieferen Einblick in das „Anforderungsprofil“ eines Wahlkandidaten. Zugleich können sich die anderen Parteimitglieder bei den Testreden oder Town-Hall-Testdebatten ein realistischeres Bild von der öffentlichen Wirkung der potentiellen Kandidaten machen und deren Erfolgchancen besser beurteilen.

Diese Vorschläge sind gewiss keine Allheilmittel. Sie können auch in kürzester Zeit keine Wende in den lokalen Mehrheitsverhältnissen herbeiführen, aber sie sind geeignet, langfristig mehrheitsfähigere Kandidaten aufzubauen. Sie verbessern damit die Wahlchancen in Großstädten, ohne dabei die „Parteilichkeit“²³ der Parteien in Frage zu stellen.

²³ Holtkamp, Lars: Erneuerung der Parteien „von unten“? Zum Verhältnis von Lokalparteien und Kartellparteien. In: Jun, Uwe / Niedermayer, Oskar / Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei. – Opladen; Farmington Hills: Barbara Budrich, 2009. – S. 244.